



# Pressespiegel

Ausgabe: 05.02.2019



## IG BAU begrüßt Pläne des Bundesarbeitsministers für Grundrente **Maßnahmen gegen Altersarmut**

Frankfurt am Main, 04.02.2019

Die IG BAU begrüßt die Pläne von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, die Rente gerechter zu gestalten und Altersarmut zu bekämpfen. „Die Pläne für eine Grundrente sind richtig. Mit den vorgestellten Schritten wird die Rente für viele Menschen mit geringem Einkommen deutlich armutsfester gestaltet. Davon profitieren insbesondere Beschäftigte in von der IG BAU vertretenen Branchen wie der Gebäudereinigung oder der Floristik. Das sind keine Geschenke, sondern Leistungen aus einer Versicherung“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

„Diese helfen den Betroffenen aus materieller Not im Alter. Der Schritt ist aber auch deshalb so wichtig, weil er das Vertrauen in unser gesetzliches Rentensystem stärkt. Viele Generationen konnten sich darauf verlassen, im Alter versorgt zu sein. Dieses Versprechen wurde in den zurückliegenden Jahren stark ausgehöhlt. Gerade Menschen mit niedrigen Löhnen zahlten zwar jahrelang Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. Mit Renteneintritt erhielten sie aber nicht mehr als die Grundsicherung, die auch Menschen bekommen, die nie in die Versicherung eingezahlt haben. Das war ein harter Schlag gegen das Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Die Grundrente kann diese Fehlentwicklung heilen.“ Nach den Plänen des Bundesarbeitsministers bleibt die gesetzliche Rente die tragende Säule der Alterssicherung in Deutschland. Die neue Grundrente soll für alle Versicherten gelten, die mindestens 35 Jahre Grundrentenzeiten haben. Das sind Beitragszeiten aus Beschäftigung, aber auch aus Kindererziehung und Pflege. Von dieser Regelung werden insbesondere Frauen profitieren. Ziel ist es, dass das Alterseinkommen der betroffenen Versicherten zehn Prozent über dem Grundsicherungsbedarf liegt – so, wie es bereits im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist.

Lokalkompass



## IG BAU kritisiert Slowenien für Förderung von Lohndumping EU-Binnenmarkt

Frankfurt am Main, 04.02.2019

Die IG BAU appelliert an die Europäische Kommission, die Regeln des fairen Wettbewerbs auch bei der Entsendung von Arbeitnehmern stärker durchzusetzen. Hintergrund sind illegale staatliche Beihilfen Sloweniens für Entsendeunternehmen.

Die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH), der die IG BAU angehört, hat deshalb bei der EU-Kommission eine formelle Beschwerde gegen Slowenien eingereicht. „Slowenien hat sein Sozialversicherungssystem so gestaltet, dass Unternehmen, die Arbeitnehmer ins EU-Ausland entsenden, erhebliche Kürzungen der Sozialbeiträge erhalten“, kritisierte der EFBH-Präsident und Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers in dem offiziellen Schreiben an die zuständige EU-Binnenmarktkommissarin Elżbieta Bieńkowska. „Diese künstlich niedrigen Sozialversicherungsbeiträge führen zu einem unfairen Wettbewerb mit Staaten, die ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen ausreichenden sozialen Schutz bieten. Am Ende unterminiert die illegale Praxis Sloweniens die Kernfunktionen des Binnenmarktes der EU.“

Die EFBH taxiert die finanziellen Wettbewerbsvorteile slowenischer Entsendeunternehmen auf rund 500 Euro pro Arbeitnehmer und Monat. Beschäftigt werden die entsandten Arbeiter zumeist im Bausektor in Deutschland, Österreich und Belgien. Derzeit fungiert Slowenien als Tor für viele billige Arbeitskräfte aus Staaten Ex-Jugoslawiens und Albanien. Zwischen 2010 und 2016 stieg die offizielle Zahl der entsandten slowenischen Arbeitnehmer von rund 25 000 auf fast 165 000. Experten schätzen allerdings, dass die tatsächlichen Zahlen um ein vielfaches höher liegen.

Lokalkompass

## Bayer bietet bis zu 63 Gehälter Abfindung

Um in Deutschland Tausende Stellen sozialverträglich abzubauen, muss Bayer tief in die Tasche greifen: 57-Jährige können bis zu sechs Jahre früher in Vorruhestand gehen. Für Jüngere gibt es Abfindungen und Sprinterprämien.

VON ANTJE HÖNING

**LEVERKUSEN** Bei Bayer laufen die Verhandlungen zum Jobabbau auf Hochtouren. Der Konzern will 12.000 seiner 118.000 Stellen abbauen – davon ein „signifikanter Teil“ in Deutschland, wo der Chemiekonzern ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommen muss. Entsprechend lukrativ fallen die Angebote aus, damit sich genug Freiwillige finden. Nun bietet Bayer Mitarbeitern, die jünger sind als 57 Jahre, eine Abfindung von einem Monatsgehalt pro Beschäftigungsjahr an. Zum Vergleich: In kleinen Betrieben ist ein halbes Monatsgehalt als Abfindung üblich. Und Bayer legt noch einen drauf: Wer einen angebotenen Aufhebungsvertrag binnen vier Wochen annimmt, bekommt eine Sprinter-Prämie von 0,8 Monatsgehältern obendrauf. Insgesamt kann er also mit 1,8 Monatsgehältern pro Beschäftigungsjahr auscheiden. In der Spitze sind damit für

Bayer-Mitarbeiter in Deutschland Gesamtabfindungen von bis zu 63 Monatsgehältern möglich. Bei früheren Programmen waren es maximal 54 Monatsgehälter. Diese Regelung ist Teil der Betriebsvereinbarung „Instrumente für die Personalanpassung“, die Gesamtbetriebsrats-Chef Oliver Zühlke und Personalvorstand Hartmut Klusik nun unterzeichnet haben. Zühlke hatte eine Anhebung des Abfindungs-Deckels zur Bedingung gemacht. Wer erst weniger als drei Jahre bei Bayer ist, soll trotzdem mit drei Monatsgehältern Abfindung gehen können.

Für Beschäftigte über 57 Jahre setzt der Leverkusener Konzern auf ein gut dotiertes Vorruhestandsprogramm. Ihnen bietet Bayer „Flexi Aufhebungsverträge“, die über sechs Jahre laufen. In dieser Zeit werden die betroffenen Mitarbeiter nach komplexen Formeln weiter vergütet, dabei spielen etwa Gehalt und Jahresleistung eine Rolle.

Zudem zahlt Bayer weiter Beiträge in die Rentenversicherung. Denn wenn der Mitarbeiter mit 63 in den Ruhestand geht, soll er nur Rentenabschläge von maximal 7,2 Prozent hinnehmen müssen. Dieses Angebot soll für Beschäftigte mit mindestens 35 Rentenversicherungs-Jahren gelten.

Die Vereinbarung gilt laut Konzern für alle Unternehmen in Bayers Personalverbund, also die AG, die Töchter CropScience, HealthCare und Consumer Health. Ausgenommen ist laut einem Sprecher die Tiermedizinische Sparte (Animal Health), die als Ganzes verkauft werden soll und wo es zuvor auch keine Personalanpassung geben soll. Auch gilt das Angebot nicht für den Chemiepark-Betreiber Currenta, an dem Bayer zu 60 Prozent beteiligt ist. Für diese Beteiligung sucht der Konzern weiter einen Käufer.

Bis Ende März soll feststehen, wie sich der Kahlschlag auf die Standorte verteilt. Besonders groß sind die

**INFO**

**Demo 2018 in Wuppertal. FOTO: RTR**

**So verteilt sich Bayers Jobabbau weltweit**  
5500-6000 Stellen in der Verwaltung

- 4100 bei CropScience
- 1100 bei Consumer Health
- 900 in der Pharma-Forschung
- 350 beim Faktor-8-Werk in Wuppertal

Sorgen weiter in Leverkusen, weil hier die Zentrale und viele Querschnittsfunktionen angesiedelt sind. Bayer hatte 2018 angekündigt, in der Verwaltung weltweit 5500 bis 6000 Stellen zu streichen. In Gewerkschaftskreisen wird befürchtet, dass in Leverkusen tausende Jobs wegfallen. Der Konzern will sich zu Details unter Verweis auf die laufenden Verhandlungen nicht äußern. Bislang ist nur bekannt, dass in Wuppertal 350 Stellen wegen der Schließung des Faktor-8-Werks wegfallen sowie 400 in der dortigen Pharmaforschung. Betriebsbedingte Kündigungen sind in Deutschland bis Ende 2025 ausgeschlossen. Sorgen macht man sich auch über den anhaltend niedrigen Aktienkurs. Derzeit notiert Bayer bei 67 Euro, 2015 waren es 144 Euro. Mit Spannung schauen Arbeitnehmer und Aktionäre auf den 27. März, wenn Bayer seine Bilanz für 2018 vorstellt und auch etwas zum Stand der Glyphosat-Klagen sagen wird. (mit dpa)

RP Mantel